

14. AUG. 1962

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

2/XVII, 165

Bonn, den 14. August 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 3	Strengulierung der freien Wissenschaft unter Ulbricht ----- Gefangenenaustausch zwischen Ost und West brutal unterbrochen Von Dieter Dielestein	104
3	Das fehlte uns gerade noch! ----- Schlamm belehrt Kennedy	27
4	"Föderation Malaysia" - ein neuer Staat im Werden ----- Südostasien gruppiert sich um Von Eberhard Dingels	42
5 - 6	Dänemark diskutiert über Deutschland ----- Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolpf Rasten	62
6	"Gesamtdeutscher Sport" ----- Ausscheidungswettkämpfe ausserhalb Deutschlands	25
7	Professor Dr. Georg Eckert 50 Jahre ----- Internationale Schulbuchreform - sein Lebenswerk	26

Chefredakteur Günter Markscheffel

Strangulierung der freien Wissenschaft unter Ulbricht

Von Dieter Bielenstein

"Es ist wohl an der Zeit, daß die Intellektuellen, die noch abwartend und schwankend zu unserem Staat stehen, ihre Position überprüfen."

Kaax hatte die Mauer in Berlin am 13. August 1961 die Fluchtmöglichkeiten abgeschnitten, konnte mit diesen Worten der erste Sekretär der SED-Parteileitung der Universität Leipzig vor einem Jahr den Versuch zur endgültigen Gleichschaltung auch der Hochschulen in der Sowjet-Zone ankündigen.

Entwicklung im letzten Jahr

Bis dahin mußte die SED in ihrer Hochschulpolitik noch vorsichtig vektieren und manches Zugeständnis machen. Doch nun waren die Fluchtwege versperrt. 1400 Studenten, die in Ost-Berlin lebten und in West-Berlin studierten, konnten über Nacht ihre Hochschulen nicht mehr erreichen. Die SED schickte sie zur "Bewährung" in die Produktion. Reisen zu wissenschaftlichen Kongressen oder Vorträgen wurden den Hochschullehrern ausnahmslos verboten. Buchbestellungen an Verlage aus dem Westen durften nur noch über die Fakultäten aufgegeben werden und wurden gedrosselt. Selbst die wissenschaftliche Literatur will die SED "störfrei" machen. Die Senate der Hochschulen und die Dekane der Fakultäten zwang man zu Ergebenheitsadressen an Ulbricht, denen sich nur einige Theologische Fakultäten entziehen konnten. Eine neue Welle der Überredung, der Einschüchterung und - wo das nichts fruchtete - des Terrors ging nach dem 13. August 1961 über die Hochschulen hin. Die letzten Verbindungen des wissenschaftlichen Austausches, ja selbst die persönlichen Beziehungen zwischen Hochschullehrern hüben und drüben wurden zerrissen.

Flucht war Ausweg

So lange die Flucht nach West-Berlin möglich war, wenn es hart auf hart ging, hatten sich die Hochschulen der Zone zwar den äußeren Reformen und der Politisierung von Forschung und Lehre durch die SED beugen müssen. Doch stets und überall flackerte der Widerstand auf, bewahrten sich einzelne Hochschullehrer durch Proteste einen wenigstens kleinen Raum wissenschaftlicher und persönlicher Freiheit. 1368 Verhaftungen von Hochschulangehörigen aus politischen Gründen seit dem 8. Mai 1955 und die Flucht von rund 30 000 Studenten, Studienbewerbern und Abiturienten seit 1954 und von 725 Hochschullehrern allein 1958/59 geben ein deutliches Bild der Unterdrückung, aber auch des Widerstandes.

Tiefgreifende Strukturveränderung

Eine im vorigen Jahr veröffentlichte Dokumentation der Westdeutschen Rektorenkonferenz über die "Entwicklung der Wissenschaften in Mitteldeutschland" zeigt in nüchternen Zahlen und Fakten, wie die tiefgreifenden Strukturveränderungen der Hochschulen in der SBZ die Spaltung Deutschlands widerspiegeln. Die Politisierung der Hochschulen nach "marxistisch-leninistischen Grundsätzen" trotz allen Widerstandes

ist oft beschrieben worden. Doch das war erst möglich durch die Umwandlung der Universitäten im Jahre 1951 in Staatsanstalten, denen jeder korporative Eigenbereich fehlt. Nun konnten die Studiengänge, Prüfungsanordnungen und der akademische Unterricht ebenso wie die Lehrkörperstruktur und die Forschungsarbeit nach den Bedürfnissen der Bedarfs-, Wirtschafts- und Kaderpläne ausgerichtet werden. An die Stelle der Einheit von Forschung und Lehre trat die Einheit von "Wissen und sozialistischer Praxis". Die Freizügigkeit und Freiheit der Studenten ersetzte man durch kontrollierte Studienpläne, vorgeschriebene Zwischenprüfungen und Pflicht-Literatur im Rahmen des Zehn-Monate-Studienjahres. Jeder mußte sich dem komplizierten System von Studienplanung, Leistungskontrolle und vielfältiger pädagogischer Betreuung unterwerfen. Neue Studiengänge - am Muster des sowjetischen Hochschulwesens orientiert - wurden eingeführt.

Immer mehr Fachschulen

Genauso weitgehend ist die Änderung des ganzen Verhältnisses zwischen Universitäten, Fachhochschulen und Fachschulen. Seit '95' wurden 24 Fachhochschulen neu errichtet; für einige hundert technische Berufe besteht über die Oberstufe einer der 307 Fachschulen der Zugang zu einer spezialisierten Fachausbildung an den neu gegründeten Ein-Fakultäten-Hochschulen. Auch die Ausbildung der Lehrer für die Mittelstufe der höheren Schulen erfolgt nicht mehr an der Universität, sondern an sieben pädagogischen Instituten mit Hochschulcharakter. 45 Universitäten, Technische Hochschulen, Wissenschaftliche Hochschulen und Fachhochschulen zählt man heute in Mitteldeutschland, von denen nur acht den Bild unserer Universität oder Technischen Hochschule entsprechen.

Dozenten mit "pädagogischen Aufgaben"

Wie sehr die Schwerpunkte von Forschung und Lehre an den Universitäten sich verschoben haben, geht aus einem Überblick über die Struktur des Lehrkörpers hervor. Die absoluten Zahlen der Lehrpersonen an den acht Universitäten und Technischen Hochschulen - Professoren, Dozenten, Lektoren und Lehrbeauftragte - stiegen von 2045 im Jahre 1938 auf 3405 im Jahre 1960. Zugleich ging aber der Anteil der Ordinarien an der Zahl aller akademischen Lehrer von 27,7 % auf 14 % zurück, da neue Stellen fast ausschliesslich für Dozenten mit "pädagogischen Aufgaben" geschaffen wurden.

Einige Fakultäten unterliegen einem ständigen Auszehrungsprozess, frühere Zentren der Forschung und Lehre wichtiger Gebiete werden provinziell oder liegen ganz brach. In den Rechtswissenschaften verminderte sich die Zahl der Professoren mit einem Lehrstuhl¹ von 40 (1938) auf 9 (1960), in der Evangelischen Theologie von 46 auf 23. Aber auch in den Geschichtswissenschaften lehren nur noch 9 Ordinarien gegenüber 21 im Jahre 1938. Ähnlich liegen die Verhältnisse für Europäische Sprachen, Kunstgeschichte und in einigen Bereichen der Medizin und Veterinärmedizin.

Direktes Gespräch nicht mehr möglich

Hier zeigt sich in der nüchternen Sprache der Zahlen und Fakten, wie das SED-Regime in jeden Lebensbereich eingreift und total seinen Zwecken unterwirft. "Das Einbeziehen der hier in der Bundesrepublik immer fremder werdenden Wirklichkeit in Mitteldeutschland in Forschung und Lehre ist die wissenschaftliche Form, Entfremdung und Teilung zu überwinden. Wenn die positiven Werte der gemeindeutschen akademischen Tradition ohne Illusion erhalten und den nächsten Generationen weitergegeben werden sollen, so müssen sich die westdeutschen wissenschaftlichen Hochschulen mit der mitteldeutschen Hochschulwirklichkeit auseinandersetzen."

Das schreibt die Westdeutsche Rektorenkonferenz in ihrer Dokumentation. Aber das direkte Gespräch, den wissenschaftlichen Austausch zwischen Hochschullehrern und Studenten hat die SED nach dem 13. August 1961 endgültig und ausnahmslos brutal unterbunden.

+ + +

Das fehlte uns gerade noch !

sp - Um Herrn William S. Schlamm war es einige Zeit lang ruhig gewesen. Seine Vortragsreisen in der Bundesrepublik waren nicht mehr "gefragt", weil man offenbar eingesehen hatte, daß Urausgegrenztes nicht geht, um aus den Eiswänden der Schluchten des Kalten Krieges herauszukommen. Die Tiraden des Herrn William S. Schlamm hatten auch nicht verbrocht, die Bundesrepublikaner blindlings für eine Politik des permanenten Aufschreiens zu begeistern, weil immerhin doch einige Leute gemerkt hatten, daß interessant erscheinende Reden nicht gleichbedeutend mit konstruktiven Gedanken sind. Jetzt macht Herr Schlamm wieder von sich reden. Er hat unter dem Titel "Die jungen Herren der alten Erde" in einem Stuttgarter Verlag ein Buch herausgegeben, in dem John F. Kennedy und seine wissenschaftlichen Berater schlicht und einfach der willkürlichen Haltungslosigkeit und eines unrealistischen Dilettantismus bezichtigt werden. Kennedy, so meint Herr Schlamm, suche mit Moskau Kompromisse um jeden Preis, und werde vorläufig nur noch durch Adenauers ruhiges Nein gebremst.

Nur sind wir keineswegs der Meinung, daß Herr Bundeskanzler Dr. Adenauer verdient, ausgerechnet von Herrn Schlamm als der Bremsen Kennedys bezeichnet zu werden. Sicher wird sich Herr Adenauer auch dafür bedanken, mit Herrn Schlamm in einen Atemzuge genannt und von ihm sogar apostrophiert zu werden. Aber da das neueste Elaborat des Herrn Schlamm auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland das Licht der Welt erblickt hat, muß man sich doch fragen, wie lange wir es uns noch gefallen lassen wollen, von diesem Herrn - gewollt oder ungewollt - in eine Situation gebracht zu werden, in der man möglicherweise in den USA auf den Gedanken kommt, irgendjemand würde hier die Aktivitäten des Herrn Schlamm unterstützen. Das fehlte uns gerade noch !

+ + +

"Föderation Malaisia" - ein neuer Staat im Werden

Von Eberhard Dingels

Der Beschluss der britischen Regierung, ihre Kolonien und Protektorate in Nordborneo im nächsten Jahr dem schon unabhängigen malaisischen Staatenbund anzugliedern, ist das Ergebnis mehrmonatiger Verhandlungen zwischen London, dem Premierminister Malaias und dem Chefminister des Selbstverwalteten Staates Singapur. Damit wird in Südostasien ein neuer Staat unter dem Namen "Föderation Malaisia" entstehen, der von den Grenzen Kambodschas bis zur Inselwelt Indonesiens und der Philippinen reicht und dessen Bevölkerung sich im überwiegenden Maße zum Malaientum bekennt.

Angesichts der spannungsvollen Lage in Südostasien sind Zweifel am Erfolg dieser Staatsgründung laut geworden, jedoch wird sich erst in der Zukunft erweisen, ob die malaisische Föderation dauerhafter ist als ihr karibisches Gegenstück, die westindische Föderation, die mit dem Austritt Jamaikas auseinanderfiel.

Entscheidender Befürworter des Experimentes Malaisia ist der malaisische Premierminister Tunku Rahman. Ihm geht es vor allem darum, den starken politischen und noch stärkeren wirtschaftlichen Einfluss der chinesischen Minderheit im malaisischen Staat einzudämmen. Seine Gegner werfen ihm dabei rassistische Diskriminierung gegenüber Chinesen und Indern vor. Tunku Rahman begegnet diesem Vorwurf mit dem Hinweis auf das benachbarte Singapur, wo der chinesische Bevölkerungsteil sich als sehr anfällig gegenüber den Vorstellungen Peking's erweist. Auch der Chefminister Singapurs, ursprünglich kein Freund eines Zusammenschlusses mit Malaisia, erhofft sich jetzt eine Stabilisierung der innenpolitischen Verhältnisse seiner Stadt. Zugleich aber dürfte der Landesteil Singapur in der neuen Föderation die Basis für die seit langem fällige soziale Umschichtung Malaias abgeben und somit ein fortschrittliches Element verkörpern.

Niemand weiß zur Stunde, wie sich die Nachbarn der Föderation verhalten werden. Es ist bekannt, dass Indonesien nicht gerade mit Freude den Zusammenschluss sieht, und ohne Zweifel dürfte ein einigermaßen wirtschaftlich stabiles und der politischen Demokratie aufgeschlossenes Malaisia eine gewisse Attraktion für die Massen Indonesiens besitzen, die gleichfalls überwiegend Malaien sind.

Die aussenpolitische Marschroute der neuen Föderation dürfte sich nicht allzu sehr von der des bisherigen malaisischen Staatenbundes unterscheiden. Die enge Zusammenarbeit mit den Staaten der freien Welt wird fortgesetzt werden, ohne dass sie die Form einer Bündnisallianz anzunehmen braucht. Obwohl Malaisia nicht Mitglied der SEATO ist, war seine Politik der Abwehr des Kommunismus oftmals erfolgreicher. - Die Umgruppierung Südostasiens hat mit der Föderation Malaisia ein neues Stadium erreicht. Woher die freie Welt liegt es, ob dieses Stadium im Kampf mit den Kräften der Diktatur zu einer inneren und äusseren Stabilisierung ganz Südostasiens nutzbar gemacht werden kann.

* * *

Dänemark diskutiert über Deutschland

Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Rasten

In Dänemark ist zur Zeit eine ziemlich lebhafte Debatte über das dänisch-deutsche Verhältnis im Gange, die meistens in Briefen an Zeitungsredaktionen zum Ausdruck kommt, aber auch durch redaktionelle Stellungnahmen geprägt wird.

Der äussere Anlass zu den Auseinandersetzungen über das Problem Bundesrepublik-Dänemark-Europa gab der westdeutsche Flottenbesuch in Kopenhagen und die nazifeindlichen Demonstrationen, die bei dieser Gelegenheit stattfanden. Der Umstand, dass Einheiten der westdeutschen Kriegsmarine an demselben Langelinie-Kai ankerten, wo vor 22 Jahren deutsche Okkupationstruppen in Kopenhagen landeten, mag wohl bei den dänischen Demonstrationen eine gewisse psychologische Rolle gespielt haben. Die Tatsache, dass überhaupt demonstriert wurde, ist aber als eine Selbstverständlichkeit aufgefasst worden. Die Wunden und Narben, die während der fünf Jahre langen deutschen Besatzung entstanden, sind in weiten Kreisen noch nicht geheilt und die Untaten des Naziregimes lange nicht vergessen. Dass gerade um die Zeit des Flottenbesuches von Presse und Landfunk über die "Affaire Fränkel" berichtet wurde, hat natürlich auch die Gemüter erhitzt. Auf der anderen Seite ist aber zu sagen, dass die Demonstranten hauptsächlich junge Leute waren, die von der Besatzungszeit keine oder nur geringe persönliche Erfahrungen haben können, und dass ein Teil der Demonstrationen von kommunistischen Gruppen- und Personenkreisen gelenkt wurde.

Interessanter als diese Gefühlsausbrüche gegen den Anblick westdeutscher Flotteneinheiten ist die Argumentation, die in den vielen Leserbriefen der Zeitungen zum Ausdruck kommt, wenn es um die Frage der Glaubwürdigkeit und des Stehvermögens der Demokratie in der Bundesrepublik geht. Einer der Hauptbeteiligten in dieser Debatte ist ein ehemaliger dänischer Widerstandskämpfer, der an hervorragender Stelle im Freiheitskampf gegen die Besatzungsmacht stand und Mitglied des dänischen Freiheitsrates war. Fast beschwörend tritt er dafür ein, dass man anti-deutsche Demonstrationen unterlassen solle, um nicht nationalistischen und neonazistischen deutschen Elementen Auftrieb zu geben, und dass die Dänen auch inoffiziell die Hand zur Zusammenarbeit ausstrecken sollen. Es ist auffallend, dass sich zahlreiche Mitglieder der dänischen Widerstandsbewegung um einen Ausschuss geschart haben, der sich zum Ziel gesetzt hat, die dänische Öffentlichkeit über Westdeutschland aufzuklären. Dabei zu bemerken ist, dass der Ausschuss merkwürdigerweise bisher aussergewöhnlich nur die Existenz der Bonner-Regierung und der CDU entlockt und nur solche Persönlichkeiten zur "Aufklärung" nach Kopenhagen eingeladen hat, die völlig unkritisch mit der offiziellen bundesdeutschen Politik im Einklang sind. In der Gegenargumentation wird darauf hingewiesen, dass, wenn gefordert wird, die Dänen sollen jetzt endlich von der Vergangenheit "gelernt" haben, man zuerst verlangen müsse, dass die Deutschen beweisen, dass s i e gelernt und die Konsequenzen gezo-

gen haben, d.h. dass vor allem das offizielle Deutschland sich mit der Vergangenheit auseinandersetzt und mit den braunen Flecken aufräumt. Ein klareres und mehr ausgewogenes Bild der Gegebenheiten in der Bundesrepublik würde man zu Stande bringen können, falls auch andere Vertreter als "Pflicht"- oder sogar "Kuss-Demokraten" Gelegenheit hätten, sich in Kreisen des "Aufklärungsausschusses" zu äussern.

Hinter den dänischen Auseinandersetzungen über Deutschland steht natürlich die aktuelle Frage, nämlich die mögliche Rolle Dänemarks zwischen dem grossen deutschen Nachbar und Frankreich auf der einen Seite und Grossbritannien auf der anderen Seite in einer erweiterten europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Man verbirgt in Kopenhagen nicht eine gewisse Beängstigung über die bisherigen Brüsseler-Ergebnisse, und sowohl in Leserbriefen wie in vielen Zeitungskommentaren wird die Hoffnung ausgedrückt, Grossbritannien möge seine historische Aufgabe in Europa erkennen und innerhalb der EWG eine politische Führung übernehmen, die den kleineren Staaten wie Dänemark, Norwegen und den Beneluxländern die Furcht vor den weniger vertrauenswürdigen Kräften in Deutschland und Frankreich nehmen kann.

* * *

"Gesamtdeutscher Sport"

W.R. - Vom 12. bis 16. September werden in Belgrad die Europa-meisterschaften für Leichtathletik stattfinden. Trotz der Schandmauer in Berlin und den anderen Schikanen des SED-Regimes ist es nach langen Verhandlungen zwischen den Sportfunktionären des Deutschen Leichtathletikverbandes der Bundesrepublik und des Deutschen Verbandes für Leichtathletik der "DDR" gelungen, Ausscheidungswettkämpfe für die Veranstaltung in Belgrad durchzuführen. Die Widersinnigkeit der Spaltung Deutschlands kommt am deutlichsten dadurch zum Ausdruck, daß man zur Vermeidung aller Komplikationen beschloss, die Kämpfe für die "Fahrkarte nach Belgrad" in Städten a u ß e r h a l b Deutschlands durchzuführen. Natürlich kann man den Sportlern keinen Vorwurf daraus machen, denn sie sind am allerwenigsten an dieser Unsinnigkeit schuld. Sie haben sich in das zunächst Unvermeidliche gefügt und sind statt in Hamburg oder München, in Leipzig oder Rostock am vergangenen Wochenende in Prag zum edlen Wettstreit zusammengelassen. Hierbei gab es einige Überraschungen. Im Gegensatz zu verschiedentlich geäußerten Befürchtungen hat das Prager Sportpublikum den Leichtathleten aus der Bundesrepublik bei guten Leistungen genau so herzlich Beifall gespendet wie den Leichtathleten aus der "DDR". Die Sportler selbst hüteten sich, diese oder jene Geste des Mißfallens gegenüber den Leichtathleten aus Westdeutschland, die von offenbar bestellten Schlachtenbummlern aus der "DDR" inszeniert wurden, überhaupt nur zu registrieren. Sie wollten nichts als Sportler bleiben und haben es geschafft. Das Prager Publikum dankte ihnen dafür.

+ + +

Professor Dr. Georg Eckert 50 Jahre

Internationale Schulbuchreform - sein Lebenswerk

sp - In Braunschweig feiert heute Professor Dr. Georg Eckert seinen 50. Geburtstag. Aus aller Welt sind dem Leiter des Internationalen Instituts für Schulbuchreform Glückwünsche übermittelt worden, die dem Wissenschaftler gelten, der seit über einem Jahrzehnt Vorbildliches für die Entrümpelung der Schulbücher von einem falschen Geschichtsbild geleistet hat. An der Spitze des Braunschweiger Instituts begann Professor Dr. Georg Eckert zunächst auf europäischer Ebene den Gedankenaustausch mit Pädagogen, Leitern der grossen Schulbuch-Verlage und Vertretern der Unterrichtsministerien. Seiner Initiative ist es zu verdanken, dass relativ kurze Zeit nach dem zweiten Weltkriege zahlreiche vergleichende Studien durchgeführt werden konnten, die alle in dem Ziel gipfelten, das Verständnis der nachwachsenden Generationen für das Nachbarvolk durch eine korrekte Darstellung des Geschichtsbildes zu sichern. Professor Dr. Georg Eckert erhielt für diese Leistung als erster Deutscher den Europa-Preis des Europa-Rates von Strassburg.

Der Ruf des heute 50-Jährigen verbreitete sich bald weit über Europa hinaus. In mehreren Ländern Asiens, besonders in Japan, entstanden ähnliche Institute wie in Braunschweig. Auch an diesen Instituten wurde mit der Entrümpelung der Schulbücher von falscher Geschichtsbildern begonnen. So ist es Professor Dr. Eckert zu verdanken, dass auch in Asien das Bild Europas eine neue Prägung erhielt und die asiatischen Völker untereinander selbst seit Jahrhunderten bestehende Vorurteile abzubauen begannen.

Wir wünschen diesem lebensnahen Wissenschaftler, dass sein Werk auch weiterhin volle Unterstützung in der ganzen Welt finden möge.

* * *